Einzelnummer 30 Pfg.

Volksstimme

Redaktion:
Halle a. S., Gr. Brauhausstraße 17
Fernsprecher 6802
Sprechstunde täglich von ½12—½1 Uhr.

Organ der Sozialdemokratischen Partei
in Halle und sämtlichen Kreisen im Regierungsbezirk Merseburg.
Erscheint mit der Sonntags-Unterhaltungsbeilage „Der Gesellschafter"
jeden Werktag nachmittag.

Verlag und Expedition:
Halle a. S., Große Ulrichstraße 27
Fernsprecher 5407
Postscheckkonto Leipzig Nr. 87573.

Nr. 162 | Bezugspreis: Durch Austräger zugestellt monatlich 5.— Mk. einschließlich Trägerlohn. Für Abholer 4.50 Mk. Durch Postbezug im Vierteljahr 13.50; monatlich 4.50 Mk. Bestellgeld extra. | Halle, Dienstag, den 13. Juli 1920 | Anzeigenpreis: Im achtspalt. Anzeigenteil 60 Pf.; Reklame im Textteil 2.50 Mk. f. d. Millimeter-Höhe. Kollektivanzeigen 50% Aufschlag. Schluß der Anzeigen-Annahme für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr. | 4. Jahrgang

Die Kohlenfrage ungelöst.

Nachdem am Sonnabend Stinnes in Spa seine Rede heruntergepoltert hatte, nachdem Genosse Hué ruhig aber bestimmt und dadurch viel wirkungsvoller die Lage Deutschlands und die der Bergarbeiter dargelegt hatte, schien eine große Entspannung durch die sich zuspitzenden Verhandlungen in Spa zu gehen. Das Kohlenultimatum wurde von den Alliierten fallen gelassen und eine Sachverständigen-Kommission eingesetzt, die die deutschen Gegenvorschläge prüfen sollte. Man schüttelte sich sogar schon gegenseitig die Hand.

Die rechtsstehende Presse in Deutschland floß über vor Wonne. Natürlich nicht so sehr über den anscheinenden Stimmungsumschwung, sondern mehr über Stinnes und seine Rede. Man fühlte sich schon wieder als starker Mann.

Aber diese Änderung ist nicht von Bestand gewesen. Der Himmel in Spa hängt wieder voller Wolken. Die Beratungen der Kohlensachverständigen haben zu keinem Ergebnis geführt. Das liegt wohl weniger an dem mangelnden Willen zur Verständigung, sondern ist vielmehr begründet in der Notlage der beiden an den Verhandlungen hauptbeteiligten Länder. Deutschland und Frankreich. Die Alliierten verlangen immer noch 30 Millionen Tonnen jährlich, während unser Angebot nur auf 44 000 Tonnen täglich oder 13½ Millionen im Jahr lautet. Wie soll dieser Unterschied überbrückt werden? Frankreich braucht durch die Zerstörung seiner Kohlengruben im Norden gewiß die Kohlen die es verlangt, aber die Erfüllung dieser Ansprüche durch Deutschland würde den Ruin der deutschen Industrie, die jetzt schon unter Kohlenmangel leidet, würde ungeheure Massenarbeitslosigkeit mit größeren Unruhen zur Folge haben. Unruhen, die in erster Linie sofort auf die Kohlengebiete übergreifen, und natürlich die Produktion und die Lieferung an das Ausland noch mehr vermindern würden.

Bemerkenswert ist, daß in den Verhandlungen in der Kohlenfrage Arbeitgeber und Arbeitnehmer sachlich nur einen Standpunkt einnehmen. Mögen Form und Ausdruck der Ansichten bei Stinnes und bei Hué auch himmelweit verschieden sein, in den Schlußfolgerungen treffen sie sich auf einem Punkt. Beide kommen zu der Ansicht, daß die Ententeforderungen unannehmbar seien. Nun geht Stinnes in der Abwehr gleich viel weiter, er kündigt an, wenn die Regierung wie in der Militärfrage auch ein neu vorgelegtes Kohlenultimatum unterzeichnen würde, so hätte er im Verein mit den Arbeitgebern die Macht, dieses Abkommen zu durchkreuzen.

Auch in der Montagssitzung konnte man zu keiner Verständigung kommen. Wohl haben die Alliierten eine kleine Herabsetzung der zu liefernden Kohlenmenge für die ersten 6 Monate zugestanden, aber auch das konnte den deutschen Vertretern nicht genügen. Hué hat in seiner Rede erklärt, daß die Bergarbeiter die Verpflichtung zur Kohlenlieferung ohne Umstände anerkennen. Die Höhe der Lieferung findet aber ihre Grenze an ihrer Leistungsfähigkeit und sie würden sich unter keinen Umständen für etwas einsetzen können, das sie selbst zu erfüllen für unmöglich halten.

Heute, Dienstag, wird sich die deutsche Delegation schlüssig werden müssen, ob sie die Unterschrift leisten will oder nicht. Die Alliierten haben nach langer Sonderbesprechung am Montag nachmittag erklärt, daß es bei dem mitgeteilten Beschlusse von einer monatlichen Lieferung in Höhe von 2 Millionen Tonnen vorläufig sein Bewenden haben müsse. Also wieder die Form eines Ultimatums. Wird Deutschland die Unterschrift leisten? Oder wird sie verweigert werden? In diesem Falle ist der Einmarsch der alliierten Truppenverbände in das Ruhrgebiet zu erwarten. Vielleicht auch der Schwarzen, wer weiß es?

Es scheint ja, als ob die deutschen Vertreter noch immer die Hoffnung auf gütliche Lösung der Krise nicht aufgegeben haben. Denn man ist im Verlauf der gestrigen Sitzung in die Besprechung der allgemeinen Wiedergutmachungsfrage eingetreten, das an und für sich zwecklos wäre, wenn nicht auch eine Regelung der Kohlenlieferungsfrage in Aussicht stände.

Die Vollsitzung vertagt.

Spa, 12. Juli. Die für heute vormittag 11 Uhr angesetzte Vollsitzung der Konferenz ist auf heute nachmittag vertagt worden, sie wird voraussichtlich um 5 Uhr stattfinden.

Der Montag in Spa.

Spa, 12. Juli. Amtlich. Heute nachmittag ¼4 Uhr traten die Häupter der auf der Konferenz vertretenen Regierungen zu einer Sonderbesprechung zusammen, an der deutscherseits Reichskanzler Fehrenbach und Reichsminister Dr. Simons teilnahmen. Zunächst wurde erneut die Kohlenfrage erörtert. Die alliierten Regierungen teilten mit, daß sie nach eingehender Prüfung zu dem Beschluß gekommen seien, daß es grundsätzlich bei der im Friedensvertrag vorgesehenen Festsetzung der deutschen Kohlenlieferungen bleiben müsse, daß aber die von der Wiedergutmachungs-Kommission auf monatlich 2½ Millionen Tonnen festgesetzte Kohlenmenge angesichts der deutscherseits dagegen erhobenen Bedenken für die nächsten sechs Monate versuchsweise auf 2 Millionen Tonnen herabgesetzt werden solle.

Reichsminister Dr. Simons erklärte darauf nach Rücksprache mit den deutschen Sachverständigen, daß der deutschen Regierung auch ein Versprechen, monatlich 2 Millionen Tonnen Kohle zu liefern, unmöglich sei. Zurzeit könnten nur 1 bis 1,1 Millionen Tonnen monatlich geliefert werden. Es sei aber eher zu fürchten, daß die Erzeugung zurückgehen würde, da die Belegschaft wegen mangelnder Ernährung immer unwilliger werde, Ueberschichten zu verfahren. Stelle man die Lebensmittelversorgung besser, so werde sich die Erzeugung innerhalb weniger Wochen so heben lassen, daß den Alliierten etwa 300 000 Tonnen Kohle im Monat mehr zugesagt werden könnten. Eine weitere Hebung um 300 bis 400 000 Ton. Kohle würde durch die Ansiedlung neuer Bergarbeiter möglich sein, aber erst im Laufe einer größeren Zahl von Monaten bis zu einem Jahr, so daß die Lieferungen von 1,7 bis 1,8 Millionen Tonnen monatlich erhöht würden. Sofern ein Abkommen auf dieser Grundlage nicht möglich sein sollte, schlage die deutsche Regierung vor, die Festsetzung der zu liefernden Menge der Wiedergutmachungs-Kommission zu überlassen, die dann die Verantwortung für die Folgen und die Sorge für die Durchführung ihrer Beschlüsse zu tragen habe.

Die alliierten Regierungsvertreter erklärten nach langer Sonderbesprechung, daß es bei dem mitgeteilten Beschlusse sein Bewenden haben müßte, sofern nicht die deutschen Vertreter nochmals die Frage in Erwägung ziehen sollten, was besonders Lloyd George dringend empfahl. — Reichsminister Dr. Simons versprach nach einer nochmaligen Befragung der deutschen Sachverständigen morgen die endgültige Antwort zu geben.

Alsdann wurde in die Besprechung der allgemeinen Wiedergutmachungsfrage eingetreten. Die alliierten Regierungen machten den Vorschlag zur Prüfung des ganzen Komplexes der von Deutschland gemachten Vorschläge eine gemischte Kommission einzusetzen, die aus den zuständigen Ministern der alliierten Staaten, ferner aus den Botschaftern Frankreichs und Großbritanniens in Berlin und den Mitgliedern der Wiedergutmachungs-Kommission aus Einzelpersonen bestehen sollte. Die deutschen Delegierten stimmten diesem Vorschlag zu und überreichten im Anschluß daran ein Exposé des Reichsernährungs-Ministeriums, in dem vorgeschlagen wird, auch für die Ernährungsfrage einen besonderen Ausschuß einzusetzen.

Die Sitzung wurde gegen 6 Uhr geschlossen und eine neue Sitzung der Regierungshäupter auf morgen nachmittag ½5 Uhr angesetzt. Die gemischte Kommission tritt morgen vormittag 11 Uhr zum ersten Mal zusammen.

Spa, 12. Juli. Die hier weilenden Mitglieder des Reichskabinetts sind heute abend zur Beratung zusammen getreten, in der über die deutschen Sachverständigenurteile in der Reparationsfrage Beschluß gefaßt werden soll.

Die Dauer der Konferenz.

Paris, 12. Juli. Wie der „Temps"-Korrespondent aus Spa berichtet, soll dort bei der heutigen Beratung der Alliierten Vertreter Lloyd George lebhaft darauf bestanden haben, daß man die Aufgabe bis zu Ende durchführe. Unter diesen Umständen werde die Konferenz vielleicht noch die ganze Woche andauern. Einige Blätter sprechen von zweitägiger Unterbrechung der Vollsitzungen, um die deutschen Vorschläge in der Zwischenzeit im Wiedergutmachungs-Ausschuß prüfen zu lassen.

Der deutsche Kohlenwirtschaftsplan.

Spa, 11. Juli. Der den Alliierten von Deutschland vorgelegte Kohlenwirtschaftsplan lautet:

Unter der Voraussetzung, daß die Maiförderung im Durchschnitt pro Arbeitstag erhalten und wie im Monat Mai zur Verfügung des Reichskohlenkommissars für Kohlenverteilung in Deutschland bleibt, bieten wir den alliierten Mächte eine Menge von 44 000 Tonnen im Durchschnitt pro Arbeitstag zur bevorrechteten Lieferung an. Deutschlands Industrie, Landwirtschaft und Hausbrand werden bei dieser Produktion und dieser Lieferung an die Entente unter der Annahme, daß gegenüber 1913 kein wesentlicher Mehrbedarf eingetreten ist, nur mit rund 58 Prozent des Verbrauchs von 1913 beliefert. Bei Berechnung dieses Prozentsatzes ist der Mehrverbrauch infolge starker Qualitätsverschlechterung der Kohle nicht berücksichtigt worden. Wir beabsichtigen, 50 000 Bergleute jährlich neu einzustellen und für sie die erforderlichen Wohnungen zu bauen. Wir erwarten hiervon eine Mehrförderung von 0,7 Tonnen pro Mann und Tag. Von der Mehrförderung, die über den arbeitstäglichen Durchschnitt im Monat Mai 1920 (rund 440 000 Tonnen bei 23 Arbeitstagen) erreicht wird, erhalten die alliierten Mächte für das erste Jahr, von jetzt an gerechnet, 40 Prozent, für das nächste Jahr 25 Prozent, während die restlichen Prozente zur freien Verfügung Deutschlands verbleiben müssen.

Zu den Schwierigkeiten in Spa.

Von Philipp Scheidemann.

Das Mißtrauen des Auslandes dem neuen Deutschland gegenüber ist anscheinend gar nicht, sicherlich aber nur schwer und erst ganz allmählich zu zerstreuen. Man glaubt unserer Regierung nicht, wenn sie sagt, daß wir ernstlich gewillt sind, die übernommenen Pflichten nach Möglichkeit zu erfüllen. Man glaubt dem neuen republikanischen Deutschland nicht, weil noch zu viel Vertreter des alten Kaiserreiches im In- und Ausland in offizieller Stellung sind. Man glaubt vor allem aber nicht unserer vollkommenen Friedfertigkeit, Wehrlosigkeit und — militärischen Ohnmacht. Wie anders sollen denn auch die Ausführungen Lloyd Georges in Spa dem Herrn Reichswehrminister Geßler gegenüber sonst zu verstehen sein!

Wenn man mit Ausländern über diese Dinge spricht, machen sie Andeutungen, die wir zunächst nicht verstehen. „Wir sind gut informiert, glauben Sie uns." Wenn man dann opponiert und auf Grund genauer Kenntnis der Dinge ihre Einwände zu zerstreuen sucht, weisen sie immer wieder darauf hin, daß wir vielleicht selbst getäuscht würden, sie aber dürften sich nicht täuschen lassen, müßten und würden also auch die Augen und Ohren offen halten.

Wir haben zahlreiche solcher Unterredungen gehabt und manchmal mußten wir sie mit dem Gefühl des größten Unbehagens und Unwillens beenden.

Jetzt sind unsere Vertreter in Spa und wir wünschen ihnen alles Gute bei den Verhandlungen, über deren Schwierigkeiten sich kein vernünftiger Mensch täuschen kann. Wir überlegen, wie wir ihnen helfen können? Wie kann man die Ententemächte überzeugen, daß wirklich kein ernst zu nehmender Mensch bei uns an Revanche denkt oder denken kann, weil wir ja vollkommen am Boden liegen, weil wir weder Mannschaften haben, die bereit wären, sich die Köpfe einzurennen, noch Geschütze oder Munition; weil es überhaupt verrückt ist, an einen neuen Krieg zu denken.

Das müßten die Franzosen, Engländer und Italiener in Spa doch einsehen. Und dennoch: das Mißtrauen schwindet nicht. Warum nicht? Wir fangen an, zu begreifen — —

Vor uns liegt die Nummer 18 der Zeitschrift des Nationalverbandes deutscher Offiziere, die letzte Nummer des Blattes vor Spa. Da ist u. a. zu lesen:

Von Feinden geknebelt das Vaterland,
Erdrosselt, gemeuchelt von ruchloser Hand,
Der deutsche Siegfried von hinten erstochen,
Das glorreiche Deutschland am Boden zerbrochen,
Das Volk bis auf's Blut schon ausgesogen,
Von „Volksbeglückern" verhetzt und betrogen!

Ihr welschen Bluthunde, gebet acht!
Ihr Volksbeglücker der Internationalen,
Es ist kein Hohn! Nein, wahrlich, kein Hohn!
Noch lebt die alte treudeutsche Wacht.
Euch, die ihr gefallen in Ehre und Treu
Am heutigen Tage euch schwör'n wir's auf's neu:
Will uns der Erbfeind den Rest noch geben,
Oder will auch der inn're Feind uns an's Leben,
Dann wird der alte Weckruf erschallen,
Von allen Bergen herab widerhallen,
Dann werden die alten Fahnen weh'n,
Ein Heer von „Deutschen" in Waffen steh'n,
Dann richten die alte Ehre wir auf,
Die Faust wie eh'dem am Schwertesknauf.
Es kommt einst die Zeit!
Wir sind bereit,
Sind alle dabei:
„Furchtlos und treu!"

Dichtern und solchen, die es zu sein glauben, halten wir manches zugute. Aber der gräfliche Major, der die Zeitschrift herausgibt, sollte soviel politisches Verständnis haben, um einzusehen, wieviel Unheil er mit seinen Versen für unser ganzes Volk anrichten kann.

Die Zeitschrift des National-Verbandes deutscher Offiziere ist offenbar eine wahre Fundgrube für die Vertreter der Entente. Fischen wir noch einige Brocken aus der angeführten Nummer:

Die neue Regierung ist nun endlich nach vielen Mühen, um in Spa wenigstens etwas vorführen zu können, zustande gekommen, aber so, wie sie sich gestaltet hat, ist sie gewiß nicht derart, daß ihr von irgendeiner Seite besonderes Vertrauen entgegengebracht wird. Auch wir sind dazu beim besten Willen nicht imstande....

Es ist politisch gewiß ungeheuer klug von einem Offiziersblatt, in dieser Weise nach Spa zu schreiben: „Habt Ihr etwa Vertrauen zu dieser Regierung? Bei uns hat es niemand! Es wird erst dann wieder besser werden in Deutschland, wenn

„wir Offiziere dereinst wieder Führer werden unserem Volke, wie wir es früher waren und wie es uns auch fernerhin zukommt..."

Die Position des Herrn Geßler wird wahrscheinlich auch nicht dadurch verbessert werden, wenn die genannte Zeitschrift mitteilt:

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170629775192007l3-19/fragment/page=0001

Das Reichswehrministerium beabsichtigt nunmehr, eine Heereskammer einzuführen. Damit wird einer ganz ausschließlich vom N. D. O. ausgegangenen Anregung entsprochen. Auch die Art und Weise, wie die Kammer gebildet werden soll, geht auf unsere Anregungen zurück.

Es mag dahingestellt sein, was eine solche „Heereskammer" ist, meinethalben etwas sehr Nützliches, ich weiß es nicht. Aber wenn in dem Papier des N. D. O. gesagt wird, daß sie auf seine Initiative zurückzuführen ist, dann genügt das für das Ausland, um den Einfluß zu „konstatieren", den die kurzsichtigen, den „welschen Bluthunden" drohenden Herren auf das Reichswehrministerium haben.

Wir haben keinerlei Ausschreiten auf bessere Bedingungen, solange Stillübungen wie denen des N. D. O. stillschweigend zugesehen wird. Das geschieht seitens der wenigen Leser aus Kreisen der Nichtmilitärs vermutlich, weil sie dem Unsinn nicht zu größerer Durchsicht verhelfen wollen. Das erscheint mir aber durchaus falsch. Im Auslande liest man die Offiziersblätter natürlich sehr genau, und wenn man in den Kreisen unserer Gegner im Auslande sieht, daß sie bei uns stillschweigend hingenommen werden, kommt man zu dem falschen Schluß: wer schweigt, stimmt zu!

Wahrscheinlich werden derartige Blätter in Deutschland nur in den engbegrenzten Kreisen gelesen, die sich noch an solchen Albernheiten zu berauschen vermögen. Aus politischen Gründen aber erscheint es notwendig, daß man die Produkte der Herren Bredereck v. Görtz, v. Brisberg usw. in größeren Zeitungsredaktionen deshalb lesen sollte, um energisch festzustellen, daß die ungeheuere Mehrheit des deutschen Volkes mit dem nationalistischen Geschreibsel absolut nichts zu tun hat.

Das für Spa noch festzustellen, ist ausschließlich Zweck dieser Zeilen.

Bevorstehender Waffenstillstand zwischen Rußland und Polen.

Spa, 11. Juli. Reuter. Die Alliierten haben der Sowjetregierung den Abschluß eines Waffenstillstandes mit Polen vorgeschlagen auf Grund der Voraussetzung, daß die Polen sich innerhalb ihrer rechtmäßigen Grenzen zurückziehen. Dem Waffenstillstand würde dann eine Friedenskonferenz aller Randstaaten folgen. Wenn die Sowjetregierung ablehnt, oder wenn sie die Polen innerhalb ihrer eigenen Grenzen angreift, so werden die Alliierten Polen ihre volle Unterstützung zu teil werden lassen.

Paris, 12. Juli. Wie der „Petit Parisien" meldet, hat Grabski dem Ministerpräsidenten Pilsudski telegraphisch die notwendigen Weisungen zur Einstellung der Kämpfe und Einleitung von Waffenstillstands-Verhandlungen übermittelt.

London, 12. Juli. Wie der „Daily Telegraph" meldet, ist eine Botschaft der Moskauer Regierung an die britische Regierung eingegangen, in der es heißt, Krassin habe seinen Bericht übergeben. Die Sowjet-Regierung werde den Befehl zur Einstellung der Offensive gegen Polen geben, sofern die Alliierten die bolschewistische Regierung anerkennen und ihre Einwilligung zum Zusammentritt einer Friedenskonferenz geben werden.

Niederlage auf Niederlage.

Kopenhagen, 12. Juli. Nach einem Telegramm aus Warschau teilt der polnische Heeresbericht mit: Unter dem Druck der feindlichen Truppen sind unsere Streitkräfte hartnäckig kämpfend an der Beresina-Linie zurückgegangen. Die Bolschewiki haben die Smolewicze besetzt. In der Gegend von Minsk dauern die Kämpfe an. Der Feind besetzte Sarny. In Podolien hat sich das Heer Romers zurückgezogen.

Polen organisiert sich.

Amsterdam, 12. Juli. „Times" meldet aus Warschau: Polen spannt alle seine Kräfte an, um seine Verteidigung gegen den Bolschewismus zu organisieren. Gerüchte über eine Revolution in Warschau sind unbegründet. Es finden dort lediglich Kundgebungen gegen eine vorzeitige Abstimmung in Oberschlesien statt. Ungefähr eine halbe Million Personen haben sich freiwillig zu Kriegsarbeiten gemeldet, davon sind etwa 100 000 felddienstfähig.

Ein englisch-amerikanischer Zwischenfall.

Paris, 12. Juli. Der Korrespondent des „Intransigeant" in Spa meldet von einem englisch-amerikanischen Zwischenfall. Lloyd George sagte einem amerikanischen Journalisten auf die Frage, warum man in der Frage der Wiedergutmachung nachgeben wolle, die Amerikaner seien daran schuld, daß die Alliierten sich in schlechter Lage befänden. Das sei nach Amerika gekabelt worden. Lloyd George, der gestern abend bei dem Festmahl der englischen und amerikanischen Presse den Vorsitz führen sollte, sei nicht erschienen. In Spa werde allgemein von diesem Zwischenfall gesprochen.

Bevorstehende Unruhen in China.

Wie die „Times" aus Peking meldet, ist die Spannung zwischen der japanfreundlichen Partei und ihren Gegnern so stark geworden, daß man eine bewaffnete Auseinandersetzung fürchtet. Zehntausende von Chinesen verlassen Peking, um sich in den Fremdenvierteln in Tientsin in Sicherheit zu bringen, während andere in dem Pekinger Gesandschaftsviertel Zuflucht suchten. Von den in der Umgegend von Peking stehenden fünf Divisionen sind drei auf der Seite der japanfreundlichen Partei, während sechs in der weiteren Umgebung stationierte Divisionen der Tschilipartei angehören.

Paßzwang für Reisende nach dem Memelgebiet.

Am 20. Juli treten für Reisen nach und aus dem Memelgebiet neue Paßvorschriften in Kraft. Durch sie werden die bisherigen Bestimmungen, nach denen deutsche Staatsangehörige nur eines Personalausweises zur Einreise in das Memelgebiet bedurften, aufgehoben. In Zukunft müssen alle Personen, die nicht aus dem Memelgebiet stammen und in das Memelgebiet reisen und sich dort aufhalten wollen, im Besitze eines Passes mit Lichtbild sein. Dieser Paß muß von der zuständigen Heimatbehörde ausgestellt sein und einen Sichtvermerk des in dem Heimatland befindlichen französischen Vertreters tragen.

Der Verfassungsausschuß.

Beendigung der ersten Lesung.

Der Verfassungsausschuß der Preußischen Landesversammlung beriet die letzten Abschnitte des Verfassungsentwurfs betreffend die Staatsbeamten und die Uebergangs- und Schlußbestimmungen. Die Deutschnationalen beantragten zunächst einen besonderen Abschnitt über die Stellung der Religionsgesellschaften. Der Ausschuß lehnte die Aufnahme eines solchen Abschnittes ab in der Voraussetzung, daß die Reichsverfassung diese Materie einheitlich für alle Deutsche festgelegt hat. Auch zu dem Abschnitt über die Staatsbeamten stellten die Deutschnationalen eine große Auswahl von Anträgen. U. a. wollen sie die parlamentarischen Minister und sonstige Parlamentsbeauftragte in den staatlichen Behörden außerhalb des Beamtenkörpers stellen. Der Ausschuß war aber der Ansicht, daß die Minister nicht außerhalb des Beamtenkörpers stehen können. Angenommen wurde nur der Deutschnationale Antrag, nachdem jeder öffentliche Beamte einen Eid dahin zu leisten hat, daß er das ihm übertragene Amt unparteiisch nach bestem Wissen und Können verwalten und die Verfassung gewissenhaft beobachten wolle. Im übrigen wurde der Abschnitt ohne grundlegende Aenderungen in der Verfassung des Regierungsentwurfs angenommen. Auch die Uebergangs- und Schlußbestimmungen wurden nicht erheblich geändert. Eine lange Aussprache knüpfte sich aber an den § 66 des Entwurfs, nach dem Verfassungsänderungen nur beschlossen werden können, wenn wenigstens zwei Drittel der gesetzlichen Mitgliederzahl des Landtages zustimmen. Dazu wurde ein deutschnationaler Antrag angenommen, nachdem Verfassungsänderungen nur zustande kommen können, wenn im Landtage mindestens zwei Drittel der gesetzlichen Mitgliederzahl anwesend sind. Die Sozialdemokraten stimmten gegen diesen Antrag und wollten überhaupt den ganzen Paragraphen streichen. Zu dem letzten Paragraphen des Entwurfs: die Verfassung tritt mit dem Tag ihrer Verkündigung in Kraft, beantragten die Sozialdemokraten den Zusatz „jedoch die Bestimmungen über den Staatsrat und die Bestimmungen über den Abschnitt 7 (Selbstverwaltung), erst wenn die Neuordnung der Provinzial-, Kreis- und Gemeindeordnungen durchgeführt ist. Nach längerer Aussprache wurde der Inhalt dieses Antrages auf Antrag der Demokraten in der Form angenommen, daß für den Staatsrat und die Selbstverwaltung die Verfassung erst in Kraft tritt, wenn Neuwahlen erfolgt sind auf Grund des § 58, der den politischen Gemeinden und Gemeindeverbänden das Recht der Selbstverwaltung gewährleistet.

Damit hatte der Ausschuß die erste Lesung des Verfassungsentwurfs beendet. Der geänderte Entwurf geht nun zunächst an die Fraktionen. Im September wird der Ausschuß die zweite Lesung vornehmen. Bis dahin hat sich der Ausschuß vertagt.

Reichstags-Zusammentritt.

Wie das „Berl. Tageblatt" aus parlamentarischen Kreisen hört, wird der Reichstag voraussichtlich vom 28. Juli bis 6. August zusammen sein. Vor der Vertagung bis Mitte September werden noch die wichtigsten Gesetze verabschiedet und die Beschlüsse der Spa-Konferenz besprochen werden.

Eine Kaiserin gestorben.

Nach Zeitungsmeldungen aus Paris ist die Kaiserin Eugenie am Sonntag nachmittag in Spanien verschieden.

Eugenie Bonaparte war als Tochter des spanischen Grafen Montijo am 5. Mai 1826 geboren, stand also im 95. Lebensjahre. Napoleon III. heiratete sie mit ihr am 30. Januar 1853 vermählt. Achtzehn Jahre stand dann Eugenie im Mittelpunkt der politischen Welt und des glanzvollsten Hoflebens von Europa, bis die Katastrophe von 1870 diese ganze Herrlichkeit zerbrach. Eugenie, die dreimal, 1855, 1865 und 1870 in Abwesenheit des Kaisers Reichsverweserin gewesen war, griff sehr lebhaft in die Politik ein und das französische Volk sah ihr einen großen Teil der Mitschuld an dem unglücklichen Krieg, der das Ende der französischen Kaiserrechs brachte. Zwei Tage nach Sedan verließ sie die Tuilerien und lebte seitdem, ins Privatleben zurückgezogen, in England, von wo aus sie später — 1872 war sie Witwe geworden — häufig Paris besuchte. Ihr einziger Sohn fiel in Südafrika in englischen Diensten im Kampf gegen die Zulus. Bejährig sah sie noch die Revanche und den Niederbruch des Hohenzollern-Kaisertums; sie starb aber gerade noch rechtzeitig um nicht den fünfzigsten Gedenktag ihrer Enthronung und der französischen Republik erleben zu müssen.

Aus dem Stadtkreis.

Halle, 13. Juli 1920.

Der neue Haushaltsplan der Stadt.

Abschluß mit 72 Millionen.

Der Magistrat hat den neuen Haushaltsplan fertiggestellt. Er zeigt am Schluß die Riesenziffer 72 334 000 Mark. Aus der Uebersicht, die dem Etat beigegeben ist, sei folgendes herausgehoben:

1. der Magistrat beantragt den Stadthaushaltsplan in Einnahme und Ausgabe auf 72 334 000 Mk. festzusetzen,
2. zur Deckung des Steuerbedarfs die Erhebung folgender direkten Steuern für das Rechnungsjahr 1920 zu beschließen:
   a) eine Gemeindegrundsteuer von 12,5 Prozent des jährlichen Nutzungswertes der steuerpflichtigen Grundstücke = 436 Prozent des Ertrags der staatsseitig veranlagten Grund- und Gebäudesteuer,
   b) 400 Prozent der sich aus der besonderen Gewerbesteuer-Ordnung der Stadt Halle ergebenden Steuersätze = 448 Prozent der staatlich veranlagten Gewerbesteuer oder
   b) und c) zusammengerechnet 441 Prozent der gesamten Realsteuern,
   c) der der Gemeinde zugewiesene Anteil an der Reichseinkommensteuer entspricht einem Zuschlage von 511 Prozent zur früheren staatlichen Einkommensteuer;
3. weiter zu beschließen, im Rechnungsjahr 1920 neben der für die Ableitung von Tagwässern bestimmten festen Gebühr von ¼ Prozent des Nutzungswertes des Grundstücks gemäß § 3 Absatz 2 der Gebührenordnung vom 17. Januar 1905 und auf Grund des dazu von dem städt. Körperschaften unter dem 9. Mai, 26. Mai und 9. Juni 1919 beschlossenen 3. Nachtrages vom 19. Juni 1919 eine Kanalbenutzungsgebühr von 4,7 Prozent des Nutzungswertes zu erheben, unter bestimmungsgemäßer Freilassung der Wohnungen bis zu 300 Mark Mietswert,
4. der Gründung der bei den einzelnen Etats vorgesehenen neuen Beamtenstellen zuzustimmen.

Sparkasse der Stadt Halle.

Vom 1. bis 30. Juni d. J. gestaltete sich der Verkehr wie folgt: Bestand der Einlagen am 31. Mai 97 144 382,60 Mark gegen 96 886 272 Mk. im Vorjahre, Einzahlungen vom 1. bis 30. Juni 12 834 883,84 Mk. gegen 6 878 526,47 Mk. im Vorj.; zusammen: 109 979 266,44 Mk. gegen 103 764 798,47 Mark im Vorjahre. Rückzahlungen vom 1. bis 30. Juni 7 769 055,6 Mk. gegen 7 852 887,87 Mk. im Vorjahre. Bestand am 30. Juni 102 210 216,84 Mk. gegen 95 911 910,60 Mark im Vorjahre. Die Bestandsziffer stellt einen Höchstsatz dar.

Der Schandfleck.

Roman von Ludwig Anzengruber.

(85. Fortsetzung.)

Das hinterbrachten die Dienstleute wieder dem alten Bauer, nur, damit er sich „fürsehen" könne, eigentlich aber, weil sie ein Vergnügen daran fanden, die beiden aneinanderzuhetzen und bei einem immerwährenden Streite derselben selbst ein wenig Luft zu kriegen hofften, da hatten sie aber die Rechnung ohne den jungen Bauer gemacht.

Es mochten etwa neun Wochen in schönstem Unfrieden auf dem Hofe vergangen sein, da bekam der alte Reindorfer von Föhrndorf einen Brief. Es hatte ihn zuvor an drei Sonntagen erfreut, dem Aufgebote Magdalenens, verkprachenermaßen, recht andächtig zuzuhorchen, nun lud ihn das Schreiben zu deren Ehrentag, aber Leopold und sein Weib waren dagegen und er sagte ab; ein zweites Schreiben lief ein, das ihn aufs neue aufforderte, doch ja zu kommen, aber seine Leute bestanden darauf, daß er wegbleibe.

„Hätt' mer ahnen können," sagte Seserl zu ihm, „was für ein Glück der Veni bevorsteht, so hätten wir sie auch auf unser'n Ehr'ntag geladen; doch der Verstoß wär' just rechtzeit wieder gut z' machen g'weit durch ein freundlich Begegnen mit dem reichen Schwager, aber mit dem muß'st a ja hinterrücks verhandeln und ihn von uns abreden. Es is ledig dein' Schuld, daß mer uns nit mitkommen heißt und nur nach dir verlangt."

„Allein aber," nahm Leopold die Rede auf, „das wirst einsehen, kann man dich nit geh'n lassen; du bist alt und gerechtlich und der Weg is weit, wer weiß, was dir zustoßen könnt'!"

„Und überhaupt," fuhr die Bäuerin dazwischen, „es ziemt ich gar nit, daß du dich an einem Tisch breit machst, an dem u sitzen man uns für z'g'ring acht't! z'samm'g'hörig sein mir doch!"

Hoffentlich war die Besorgtheit des Sohnes ebenso aufrichtig wie der Verdruß der Schwiegertochter, indes ließ ich beides auch ganz gut vorschützen, um den Alten nicht ortzulassen; denn fürs erste sollte er denen zu Föhrndorf nicht weiß Gott was vorklagen, denn bei seinem kittlichen Wesen vermerkt er gar nicht, wie unverdient gut es ihm eigentlich erginge, und fürs zweite war das die beste schickliche Gelegenheit, ihm einmal zu zeigen, wer Herr sei auf dem Reindorferhofe.

Er fügte sich und blieb, nun ja, zum Hofe gehörte er einmal und da durfte er es mit den jeweiligen Leuten darauf nicht verderben, nicht anders wäre es, hätte er ihn verkauft und sich sein Stübl'ein und den dürftigen Unterhalt ausbedungen; daß es aber nicht anders war, obgleich er ihn nicht verkauft, sondern an seinen Sohn und dessen Weib übergeben hatte, das schmerzte ihn, und daß man ihm die größte der wenigen Freuden, die ihm noch zu erwarten standen, verjagte, das verbitterte ihm die Seele.

An dem Tage, wo zu Föhrndorf die Trauung stattfand, war der alte Reindorfer nach dem Garten gegangen und hatte von den Blumenbeeten einen mächtigen Strauß zusammengelesen, mit diesem setzte er sich an den Tisch in der Laube und hielt ihn in den gefalteten Händen: als er dachte, es möchte um die Zeit sein, wo sie dort weit in der Ferne die Ringe wechseln, da legte er den „Buschen" leise und behutsam an die Stelle, wo Magdalene damals gesessen, als sie von ihm Abschied nahm.

Als aber die neue Reindorferin in den Garten kam und der Blumen ansichtig wurde, da stürzte sie herzu. „Jesus, was geschieht denn da mit meinen Blumen?" schrie sie.

„Es wird derowegen nicht aus sein," sagte der Alte, „einen Buschen hab ich mir gebunden."

„Für wen denn, wohl nicht gar für dich selber?" fragte Seserl, und als er stille schwieg, fuhr sie fort: „Meinst du, ich durchschau' dein kindisch Spiel nicht? Schneidet einen Buschen für fremde Leut' die viele Meilen weit vom Ort sind, die haben keine Freud' daran und zur Stell' kann man sich nur darüber ärgern: tun dir denn nicht selber die Blumenbeeten erbarmen? Und wenn auch nicht, so schickt sich doch, daß du früher anfragst, was du darfst, es könnt' ja sein, daß mir lieber wär', es fräßen's die Kühe!" Damit nahm sie den Strauß und warf ihn über den Gartenzaun, sie wartete nicht ab, was der Alte dazu sagen würde, sondern stürmte nach dem Hofe. Der alte Bauer strich mit zitternden Händen etliche Male über den Tisch, als wollte er ihn rein haben, dann blieb er in Gedanken sitzen, in den Augenwinkeln verspürte er etwas Feuchtes, er drückte den Finger dagegen und wischte mit diesem über die Jacke.

An drei Wochen waren seit diesem Morgen vergangen und die Veni hatte nichts mehr von sich hören lassen, das bekümmerte den Greis; am Ende hat sie gar nicht geheiratet, oder es trifft sich alles gleich fürn Anfang schlecht, dachte er, und sie meldet sich nun vor Scham und Herzleid nicht.

Dem alten Manne entging das Zunächststliegende, daß zwei Leute, die sich eben glücklich zusammenfanden, nur miteinander beschäftigt seien. Taucht auch ab und zu ein Erinnern an einen fernen Lieben auf, das ihn für einen Augenblick als Zeugen all' des Freuens, Treibens und Planens herbeiwünscht, so zieht dies stille Grüßen und leise Wünschen wie ein freundlicher Traum durch die Seele, das Knitttern eines Papierblattes scheucht ihn fort, und in dem Hause der Glücklichen, mag es auch sonst sauber und blank gehalten sein, verstaubt das Tintenfaß und rostet die Feder. Der alte Reindorfer aber hätte der Grundlosigkeit seiner Befürchtungen gewiß sein können. Noch spät am Abende des Hochzeitstages wurde eine Postkarte auf dem Reindorfer Hofe abgegeben, der Bote händigte sie der Seserl ein, die er in der Küche traf. Die Bäuerin las die hingekritzelten Zeilen: Lieber Vater! Heut' ist der Tag, du fehlst uns wohl sehr, weil du aber schon nicht kommen kannst, so grüßen wir dich recht schön und ich schreib' es dir schnell, daß wir eben zum Altar gehen. Magdalena. Kaspar Engert. —

„Ei geht's zum — wohin 'r wollt," schimpfte Seserl und warf das Blatt ins Herdfeuer.

(Fortsetzung folgt.)

Kleines Feuilleton.

Städtische Kammerspiele in Bad Wittekind. In der am Freitag, den 16., stattfindenden Aufführung von Goethes „Stella" wird die Titelrolle wiederum von Hedwig Jonas dargestellt, Cäcilie: Helene Senken, Fernando: Josef Krahe. Da sich bei der Erstaufführung die Kleiderablage für die Theaterbesucher als unzulänglich erwiesen hat, so ist Vorsorge getroffen, daß bereits am Freitag die Abgabe und Rückgabe der Garderobe wesentlich erleichtert und beschleunigt wird.

Stadttheater. Heute, Dienstag, abends 7½ Uhr gelangt das fröhliche Spiel „Als ich noch im Flügelkleide" zur Aufführung. Mittwoch: „Die Afrikanerin", Donnerstag: „Hoheit tanzt Walzer", Freitag: „Die Meistersinger von Nürnberg", Sonnabend: „Als ich noch im Flügelkleide", Sonntag nachmittag Volksvorstellung „Der Sonnenwendsturm". Sonntag abend: „Hoheit tanzt Walzer".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200713-19/fragment/page=0002

Sitzung der Stadtverordneten am Montag, den 13. Juli.

Ein verhinderter Schildbürgerstreich.

In der gestrigen Stadtverordnetensitzung gab es wieder einmal ellenlange Programmreden. Bürgerliche und Unabhängige überboten sich gegenseitig in der Anpreisung ihrer guten Grundsätze und um die nichtigsten Sachen lagerte sich ein fast unentwirrbarer Wortschwall der verschiedenen Parteiredner. Die Klagereden der bürgerlichen Vertreter über die einzelnen Objekte unserer jetzigen mißlichen Lage — die von allen Seiten aus betrachtet grau in grau gemalt ist — gingen auch gestern wieder, ohne einen erkennbaren, prinzipiellen Zug durch das erregte Auf und Ab der Debatten. Der Ruf nach Kommunalisierung, ja sogar Sozialisierung und andererseits wieder alleinseligmachender Wiederaufrichtung des „freien Spieles der Kräfte" sprudelte in munterer Wechselreihe aus bürgerlichem Munde in den Raum. Daß sich die Herren bei diesem ergötzlichen Kreiselspiel von so manchem Schnitzer öffen lassen müssen, ist bei all dem wohl nicht weiter verwunderlich. So haben sich die Deutschnationalen im Verein mit dem „Angestelltenvertreter" Bretschneider mit ihrem Antrag, die Straßenbahn zu sozialisieren, gestern vor aller Welt lächerlich gemacht. Durch die Versicherung des Herrn Splett, der Antrag sei nicht aus Bosheit, sondern allen Ernstes nach reiflicher Ueberlegung gestellt worden, wurde dieser moderne Schildbürgerstreich in seiner komischen Tendenz noch ganz besonders unterstrichen. Bewahrt wurde unsere Stadt vor einer unsterblichen Blamage nur deshalb, weil die Deutschnationalen und ihr „Angestelltenvertreter"anhängsel Bretschneider im Stadtparlament in der genügenden Minderheit sind und der von ihnen „allen Ernstes" eingebrachte Antrag abgelehnt werden konnte. Die seeligen Bürger Schildas können nun ohne Kummer, ganz und gar ungefährdet auf ihren, beim „Licht im Sack tragen" erworbenen Narrenlorbeeren, weiter ruhen; denn eine deutschnationale Mehrheit wird es im Halleschen Stadtparlament niemals geben. Weiter hat die Debatte um diesen Punkt aber gezeigt, welch schreiende Unkenntnis die betr. bürgerlichen Vertreter über die ausschlaggebensten und wichtigsten Gedanken in der sozialistischen Weltanschauung beherrscht. Und diese, im Sozalismus den Anarcho-Syndikalismus sehenden „Politiker" haben im verflossenen Wahlkampfe als Versammlungsredner in „Aufklärungs"-versammlungen die lautesten Töne von sich gegeben! —

*

Sitzungsbericht

Der Vorsitzende Hennig eröffnet die Sitzung und gibt die der Versammlung vorliegenden Eingänge, von denen eine größere Anzahl vorliegen, bekannt.

Der Elternbeirat an der Torschule ersucht den Magistrat, im Süden noch einen Spielplatz bereitzustellen.

Der Magistrat antwortet darauf, daß er baldigst Vorschläge über die Neuanlage von Spielplätzen bringen will.

Die Angestellten beim Magistrat bitten um sofortige Auszahlung von 1000 Mark Vorschuß auf die bald auszuzahlende, in Aussicht stehende Gehaltszulage.

Stadtrat Veltzhusen antwortet, daß die neue Besoldungsreform für die städtischen Beamten und Angestellten vor dem Abschluß steht. Wenn der Verlauf der Verhandlungen nicht unterbrochen wird, so ist zu erwarten daß die fertige, ausgearbeitete Reform der Besoldungsordnung der Sitzung bereits am 26. Juli vorliegen wird. Außerdem ist angeordnet worden, daß schon jetzt das Gehalt für Monat August ausgezahlt wird. In Anbetracht dessen wird das Gesuch der Beamten dem Magistrat als Material überwiesen.

Ein Gesuch des Verbandes der weiblichen Bureauangestellten um Einführung der Fortbildungsschulpflicht für die weiblichen kaufmännischen Lehrlinge bis zum 18. Jahre. wird dem Schulausschuß überwiesen.

Eine Protestkundgebung der Deutschen Volkspartei gegen die Verschiebung Dr. Rines wird zur Kenntnis genommen.

Es liegt weiter eine Protesteingabe der Ortsgruppe der Bodenreformer vor, die sich dagegen richtet, daß der neue Haushaltsplan der Stadt die Steuer der Grundstücke wieder nach dem Ertragswerte vorsieht. Dieser Protest wird ebenfalls zur Kenntnis genommen.

Für die ausgeschiedenen Stvv. Frau Schmidt und Binner (Unabh.) werden die nachrückenden Kandidaten der U. S. P.-Liste Hennecke und Ridwartz eingeführt und verpflichtet.

Erhöhung der Gas- und Wasserpreise.

Um die erhöhten persönlichen Kosten tragen zu können und den städtischen Haupttitel zum Balancieren zu bringen, macht sich eine Erhöhung des Gaspreises um 30 Pfg. pro Kubikmeter und des Wasserpreises um 10 Pfg. pro Kubikmeter notwendig. Der Zuschlag von 5 Pfg. pro Kubikmeter für Münzgasmesserleitung soll bestehen bleiben.

Es wird beschlossen: die Gaspreise mit Wirkung von der im Juli 1920 beginnenden Ablesung eb, wie folgt festzusetzen: 1. für 1 Kubikmeter Niederdruckgas a) durch gewöhnlichen Gasmesser abgegeben zum Beleuchten, Kochen, Heizen, zum Betriebe von Gastkraftmaschinen und für sonstige gewerbliche Zwecke 1,50 Mark, b) durch Münzgasmesser abgegeben 1,50 Mk., nach Form A 1,50 Mk., nach Form B 1,55 Mk.

2. Bei Abgabe nach dem Pauschalpreise für 1 Leuchtflamme von ca. 100 Kerzen Helligkeit in der Zeit vom 1. 4. bis 30. 9. 10 Mk., in der Zeit vom 1. 10. bis 31. 3. 15 Mk.; für 1 Leuchtflamme von ca. 50 Kerzen Helligkeit in der Zeit vom 1. 4. bis 30. 9. 7 Mk., in der Zeit vom 1. 10. bis 31. 3. 12 Mk. monatlich.

Die Wassergebühr soll nach Genehmigung durch den Bezirksausschuß mit Wirkung von der auf die Bekanntmachung beginnenden Ablesung ab auf 90 Pfg. je Kubikmeter erhöht werden.

Es wird auf Antrag des Stv. Finger beschlossen, den Magistrat um Staffelung der Gebührenordnung zu ersuchen, so daß die kleinen Verbraucher von den neuen Erhöhungen nicht so hoch belastet werden wie die großen Konsumenten.

Das Grundstück Magdeburger Straße 30 ist dem Magistrat zur Herstellung von 11 Kleinwohnungen zur Verfügung gestellt worden. Dem gemachten Kostenanschlag für den Ausbau in Höhe von 50 000 Mk. wird zugestimmt.

Zur Instandsetzung der bei den diesjährigen Märzunruhen stark beschädigten 3 Gasbehälter in der Hafenstraße werden die erforderten 220 000 Mk. bewilligt.

Eine Erhöhung des Marktstandgeldes wird beschlossen.

Für den Gebrauch öffentlicher Plätze zum Feilbieten von Vieh sind zu entrichten für jeden Tag des Feilbietens von einem Pferd und einem Stück Rindvieh 1 Mk., von einem Schwein 50 Pfg., von einem Ferkel einem Schaf oder Lamm 20 Pfg.

Für den Gebrauch öffentlicher Plätze und Straßen zum Feilbieten von groben Holzwaren wie Backtröge, Mulden, Leitern, Schaufeln usw. Böttcher- und Töpferwaren auf den Jahr-, Kram- und Viehmärkten sind zu entrichten für den Quadratmeter des gebrauchten Raumes und jeden Tag des Feilbietens 20 Pfg.

Einem vorgeschlagenen Landverkauf und einer Landverpachtung wird zugestimmt.

Der Vertrag mit dem Buchdruckereibesitzer Paul Schwartz, betreffend Verpachtung des Inseratenwesens, läuft mit dem 30. September 1920 ab.

Es wird beschlossen,

das Anschlagwesen in städtische Regie

zu nehmen.

Es ist beabsichtigt, den Interessenten das Drucken der Plakate nach bestimmten, vom Magistrat vorzuschreibenden Größenverhältnissen zu überlassen. Diese Plakate wären dann gegen eine bestimmte Gebühr von städtischen Angestellten anzukleben.

Gen. Gerig beruft diese schon lange erstrebte Kommunalisierung und stellt folgenden ergänzenden Antrag: Der Magistrat wird ersucht eine kaufmännische Abteilung zu errichten, in welcher die Verwaltungsangelegenheiten der Betriebe im kaufmännischen Charakter erledigt werden.

Es soll durch die Uebernahme der Plakatwirtschaft in städt. Regie diese praktischer ausgebaut werden.

Ueber die Zweckmäßigkeit der Uebernahme in städt. Regie entspinnt sich eine Debatte, in der sich die bürgerlichen Vertreter Minner und Herzfeld gegen die genannte Kommunalisierung wenden.

Mit 31 gegen 29 Stimmen wird dann der Kommunalisierungsantrag angenommen. Desgleichen mit großer Mehrheit der Antrag des Gen. Gerig.

Zwecks Erneuerung des Wasserleitungsrohrnetzes auf dem Stadtgute am Böllberger Weg und der Herstellung eines Wasserleitungsanschlusses nach dem Garten des Stadtgutes zu a) mit 34 000 Mk., zu b) mit 13 000 Mk. wurden 47 000 Mk. bewilligt.

Bei Behandlung dieses Punktes kommt es ebenfalls zu einer lebhaften Debatte. Die Stvv. Hildebrandt Ihne und Osterburg (Unabh.) kritisieren, daß der Pächter des Stadtgutes eine viel zu niedrige Pachtsumme an die Stadt zahlt.

Gen. Dürrfeld weist darauf hin, daß eine Erhöhung des Pachtgeldes um 25 Prozent angeregt worden ist. Bezeichnender Weise haben alle Pächter, die sämtlich zu niedrig zahlen, diese Erhöhung abgelehnt. Wir müssen Mittel und Wege suchen, hier durch gesetzliche Handhabe eine Abhilfe zu schaffen.

Gen. Volbracht gibt einige weitere Anregungen.

Auf Antrag des Stv. Hoe und Genossen wird einstimmig beschlossen, an die Stadtverordnetensitzungen von Allenstein (Ostpreußen) und Marienwerder (Westpreußen) anläßlich des glänzenden Abstimmungsergebnisses je ein Glückwunschtelegramm zu werden.

Als Beitrag zu den Kosten des Betriebes der Waldverkehrungsstätte sollen 10 000 Mk. an die Allgemeine Ortskrankenkasse überwiesen werden.

Den Ertrag der Warenhaussteuer aus dem Rechnungsjahre 1919 in Höhe von 16 128 Mk. soll für das Rechnungsjahr 1920 in der Weise verwendet werden, daß die mit 4 Mk. veranlagten Gewerbetreibenden von der Gewerbesteuer ganz freigelassen und den mit 8 Mk. veranlagten 75 Proz. der Gewerbesteuer erlassen werden.

Zur Instandhaltung der Löschgeräte, Fahrzeuge, Fahrräder und Anschaffung des Reinigungsmaterials bei der Feuerwehr werden die bereitgestellten Mittel um 72 000 Mk. verstärkt.

Ein Antrag Bretschneider und Gen. (D. N.) ersucht darum, den Sozialisierungsausschuß mit der Prüfung der Frage zu beauftragen, ob nicht die Möglichkeit vorliegt, den gesamten Betrieb der Straßenbahn den Arbeitern und Angestellten zur Selbstbewirtschaftung zu übergeben.

Da der mindestens aus Unkenntnis gestellte Antrag überhaupt nicht diskutierbar und noch weit weniger durchführbar ist, wird nach der Aufklärung einiger sozialistischer Redner dieser von ganz rechts gekommene Antrag abgelehnt.

Praktisches Ergebnis der Debatte ist, daß ein Antrag des Sozialisierungsausschusses angenommen wird, wonach in jedes städtische Kuratorium zwei Betriebsratsmitglieder einzutreten haben und jede Deputation mit der Hälfte der Stimmen den Betriebsrat des jeweils zur Behandlung stehenden Betriebes zur Beratung heranziehen kann. Man will damit eine stärkere Interessierung der Arbeiterschaft an den einzelnen Betriebseinrichtungen herbeiführen. Die um diesen Punkt geführte längere Debatte verlief ziemlich fruchtlos.

Eine Eingabe des mittelständischen Schutzverbandes für Handwerk, Gewerbe und Handel wendet sich gegen Sozialisierung und Kommunalisierung mittelständischer Erwerbszweige. Auf Antrag des Sozialisierungsausschusses wird zur Tagesordnung übergegangen.

Die Demokraten richten die folgende Anfrage an den Magistrat: Weshalb wird der Hallischen Bevölkerung so außerordentlich selten Reichswaare angeboten? In anderen Städten soll dies häufiger vorkommen, so daß dort die Bevölkerung die Möglichkeit hat, verhältnismäßig billig allerlei Textilwaren einzukaufen. Die Anfrage wird von dem Stv. Minner begründet.

Stadtrat Finger antwortet im Namen des Magistrats, daß auf die Reichsstelle viel zu große Hoffnungen gesetzt worden sind. Die an die Stadt Halle gelieferte Ware war sehr minimal und schlecht. Die Reichswaare könne nicht empfohlen werden.

Stv. Bowitzki (Unabh.) trägt einige Beschwerden vor, die von den Stv. Georg und Finger beantwortet werden.

Nach einer längeren, sehr in die Breite gehenden Aussprache zwischen den einzelnen Parteiredner wird folgender aus unserer jetzigen Zwangslage heraus geborene Dringlichkeitsantrag des Sozialisierungsausschusses angenommen:

Magistrat wird ersucht, die Lebensmittelversorgung der städtischen Bevölkerung dadurch zu verbessern, daß er mit landwirtschaftlichen Organisationen, einzelnen Landwirten und den Pächtern der städtischen Güter Lieferungsverträge, unter Umständen in Verbindung mit den angrenzenden großen Gemeinden abschließt.

Wordband der um diesen Punkt entbrannten und noch nicht zu übersehenden Debatte verfassen die Pressevertreter den Saal.

Blumenschmuck der Fenster, Balkone und Vorgärten.

Der Verkehrsverein zu Halle a. S. hat in seiner letzten Sitzung einen Wettbewerb zur Ausschmückung von Balkonen, Fenstern und Vorgärten beschlossen. Bewertet werden nur die Anlagen, deren Besitzer sich in der Geschäftsstelle des Vereins, Brüderstraße 4, angemeldet haben: die schriftliche Anmeldung hat bis 25. d. M. zu erfolgen. — Das Preisgericht besteht aus den Herren: Gartendirektor Benzkling, Gärtnereibesitzer Heidenreich, Oberstadtsekretär Schachtzabel, Rentier Spindler, Gärtnereibesitzer Tauchnitz und Juwelier Uttel. Zur Verteilung gelangen als Ehrenpreise künstlerische Steinzeichnungen. Die Bewertung wird voraussichtlich Mitte August stattfinden. Besondere Berücksichtigung werden auch die Fenster, Balkone und Vorgärten finden, die sich schon vor der Prämiierung durch Schönheit und außergewöhnliche Pflege ausgezeichnet haben. Zu diesem Zwecke nehmen die Herren Preisrichter bereits jetzt Revisionen vor.

Wie der Augenschein lehrt, sieht man in verschiedenen Straßen, wenn auch nicht so zahlreiche wie vor dem Kriege, aber recht geschmackvolle und gutgepflegte Anlagen. Sie beleben nicht nur das Straßenbild, sondern verleihen den betr. Gebäuden ein würdigeres Aussehen, sie zeugen den Bewohnern zur Ehre.

Es ist eine überaus erfreuliche Erscheinung, daß Angehörige der verschiedensten Berufszweige nach Erfüllung der ihnen obliegenden Berufspflichten noch der praktischen Betätigung irgendeiner persönlichen Liebhaberei huldigen, deren Umfang sich nach den verfügbaren Mitteln, nach der persönlichen Arbeitsfreudigkeit und nach dem beanspruchten Zeitaufwande richten. Als eine solche ist zweifellos die Beschäftigung mit Blumen- und Pflanzenpflege zu betrachten und nach jeder Richtung zu empfehlen. Es gibt nur wenige Erholungsbeschäftigungen in unseren Großstädten, die so wie die Blumen- und Pflanzenpflege mit wenig Zeitaufwand betätigt werden kann. Leider sieht man in manchen Straßen der Stadt aber auch eine große Zahl schöner Balkone, die jeden Schmuck entbehren und geradezu einen verödeten Eindruck machen. Mit wenig Mitteln ließe sich hier noch manche Verschönerung der Straßenfronten und ein angenehmer Eindruck für Einheimische und Fremde erreichen. Ist der Balkon der Sonne wenig ausgesetzt, sollte man ihm wenigstens mit einigen Blattpflanzen dekorieren. Auch Vorgärten sind beobachtet worden, die einen recht vernachlässigten Eindruck machen.

Der Wochenmarkt heute vormittag war mit Waren wieder gut beschickt. Eine Woche hat also der Boykott der Erzeuger wegen der Ausschreitungen der Käufer am Sonnabend vor acht Tagen gedauert. Er war in dieser Zeit aber auch fast vollständig gewesen. Fast gar nichts, Blumen und Kränze ausgenommen, war vorige Woche auf dem Markte zu haben. Heute ist wieder alles im Ueberfluß da. Natürlich auch wieder zu den alten Preisen. Natürlich klagen die Käufer, die Hausfrauen, auch wieder über die hohen Preise.. Es ist wieder alles beim Alten. Die Verkäufer sind vorläufig noch anständig mit den Antworten. Sie vertrösten mit dem Billigwerden auf später. Wenn man sich aber mit der Länge der Zeit gegenseitig erhitzt, dann sind wieder ähnliche Auschreitungen der Käufer nicht ausgeschlossen. — Nur sachverständige und planmäßige Ueberwachung des Handels und der Preise kann hier helfen.

* **Reisen ins Ausland.** Personen, die ins Ausland reisen wollen, müssen nach gesetzlichen Vorschriften der Polizeiverwaltung eine Bescheinigung des Staatssteueramtes darüber vorlegen, daß der Ausreise keine steuerlichen Bedenken entgegenstehen. Der Antrag ist stets schriftlich bei der genannten Staatsbehörde einzureichen und darf nur in ganz besonders eiligen Fällen persönlich in den Verkehrsstunden dort vorgelegt werden. Steuerpflichtige, die ihren dauernden Aufenthalt im Inlande aufzugeben beabsichtigen, haben dies mindestens einen Monat vor der beabsichtigten Ausreise beim Staatssteueramt anzuzeigen und dabei eine Vermögenserklärung dort einzureichen. Die gleiche Vorschrift besteht für seßhafte Ausländer bei Steuerbefreiungsanträgen. Alle Anträge auf Aus andspäße, Sichtvermerke, Inlandspäße und Personalausweise sind im zuständigen Polizeirevier zu stellen. Auslandspäße und Sichtvermerke können in den meisten Fällen nach 12 bis 14 Tagen, Inlandspäße und Personalausweise dagegen schon nach 3 bis 4 Tagen im Zimmer 96 der Polizeiverwaltung erteilt werden. Auslandspäße kosten 25 Mk., Inlandspäße 15 Mk., Personalausweise 5 Mk., Dauer-Sichtvermerke 30 Mk., Rückreise-Sichtvermerke 25 Mk und einfache Sichtvermerke 15 Mk. Gebühren. Gesuche um Ermäßigung der Paßgebühren sind schriftlich an die Polizeiverwaltung zu richten.

Von den heimgekehrten Kriegsgefangenen sind viele der Meinung, daß sie während der ersten sechs Monate nach der Heimkehr von den Einkommensteuern befreit sind. Diese Ansicht beruht auf einem Irrtum. Jeder heimgekehrte Kriegsgefangene wird, wie uns Juweiier Tittel mitteilt, vom ersten Tage seiner Anstellung an zur Einkommensteuer herangezogen. Es kann aber auf Antrag bei der Steuerbehörde eine zeitweilige Stundung der Steuer gewährt werden.

* **Straßen sauber halten!** Die Polizeiverwaltung schreibt: Die Straßen der Stadt werden wieder sehr häufig durch Papierscherben und dergleichen stark verunreinigt. Auch nach dem Ablesen von Kohler und dem Abfahren von Asche erfolgt in den seltensten Fällen eine gründliche Reinigung der Straßen. Es wird daher darauf hingewiesen, daß nach §§ 5 und 6 der Straßenpolizeiverordnung alle Verunreinigungen der Straßen, wozu auch das Wegwerfen von Papier gehört, verboten sind. Zuwiderhandelnde unterliegen nicht nur der Bestrafung, sondern sind auch verpflichtet, die fortgeworfenen Gegenstände sofort wegzuschaffen und die betreffende Stelle gründlich zu reinigen.

* **Warnung vor dem Genusse unreifen Obstes in rohem Zustande.** Alljährlich werden durch den Genuß unreifen Obstes in rohem Zustande, namentlich an Aepfeln und Birnen, zahlreiche, zum Teil langwierige und besonders für Kinder gefährliche Krankheiten an Darmkatarrhen herbeigeführt. Das Publikum wird daher vor dem Genusse des vor der natürlichen Reife gepflückten Obstes in ungekochtem Zustande dringend gewarnt. In gesundheitlicher Hinsicht empfiehlt es sich auch, reifes Obst jeder Art vor dem Genusse gehörig zu waschen oder zu spülen.

Lätziger Unfug. Gestern abend wurden die am Krähenberge lagernden, von der städtischen Straßenreinigung dort angefahrenen Unratshaufen unbefugter Weise in Brand gesteckt, was eine starke Verqualmung der ganzen Umgebung zur Folge hatte. Zur Löschung des Brandes wurde die städtische Berufsfeuerwehr und später auch die Trothaer freiwillige Feuerwehr herbeigerufen, deren vereinten Kräften es gelang, des Feuers nach einstündiger Tätigkeit Herr zu werden.

Vom Tode ereilt. Eine hier wohnhafte Arbeitersehefrau wurde in ihrer Wohnung tot aufgefunden. Von dem herbeigerufenen Arzt wurde als Todesursache Herzlähmung festgestellt.

Gelandete Leiche. Am 10. Juli, nachmittags 2½ Uhr, wurde eine unbekannte männliche Leiche aus der Saale, zwischen Cröllwitzer Brücke und Saalschloßbrauerei, gelandet. — Beschreibung: 1,60 groß, graumeliertes Haar, Stirnglatze, kurzgeschnittener dunkelblonder Vollbart; Kleidung: Schwarz, und blau karrierter Rock, schwarze Weste, schwarze Tuchhose, graue Strümpfe, schwarze Schnürschuhe (Absätze mit Eisen), weißes Leinenhemd, weißes Vorhemd, schwarzer Schlips und braun und schwarz durchwirkte Klappmütze. — Wer über den Toten Auskunft geben kann, wird gebeten, sich alsbald bei der Kriminalpolizei, Zimmer 20 oder 21, zu melden, wo ein Lichtbild des Toten ausliegt.

Deutscher Eisenbahner-Verband, Ortsgruppe Halle. Donnerstag, den 15. Juli, abends 7 Uhr, im Volkspark: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Die Betriebsräte, deren Aufgaben und organische Zusammenfassung und die wirtschaftlichen Kampforganisationen der Arbeiterklasse. Referent Kartellvorsitzender Gen. Winkler 2. Aussprache.

Deutscher Bauarbeiter-Verband. Bezirksverein Halle. Mittwoch, den 14. Juli, abends ½8 Uhr, im Volkspark (Vorraum des großen Saales) Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 2. Quartal 1920. 2. Die Betriebsräte, deren Aufgabe und organische Zusammenfassung und die wirtschaftlichen Kampforganisationen der Arbeiterklasse.

Provinz und Umgegend.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

An die Ortsvereine des Bezirks-Verbandes.

Bei der diesmaligen Quartalsabrechnung ersuchen wir, den vor einiger Zeit übersandten Fragebogen mit auszufüllen und wieder einzusenden. Der Fragebogen enthielt eine Anzahl Fragen über die Zahl der Gemeindevertreter, Schöffen, Stadtverordneten, Magistratsmitglieder, Kreistvertreter usw. Wir brauchen sobald als möglich darüber Mitteilung.

Der Bezirksvorstand.
J. A.: R. Drescher.

Erfolg im Kleinsiedlungswesen.

Einen beachtenswerten Erfolg hat das Kleinsiedlungswesen durch Abgabe von Pachtland an Kleinbebauer im Dorfe Schwerz erzielt. Nach einem kurzen gehaltvollen Vortrage des Herrn Regierungsrates Wenning, dem Leiter des Kulturamtes in Halle, über die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen, erklärten sich unter Mitwirkung des Landrats die vier Gutsbesitzer des Ortes bereit, im Verhältnis zur Größe der von ihnen bewirtschafteten Ackerfläche soviel Land zur Verfügung zu stellen, daß die zu die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200713-19/fragment/page=0003

Bewerber in Nacht zu gedende Morgen) ihl erfüllt wurde. Die Bewerber waren anwesend und erkannten das Entgegenkommen an. Der jährliche Pachtpreis wurde je Morgen auf 60 M. festgesetzt. Die Verpachtung des Landes an die einzelnen Bewerber erfolgt durch die Vertretung der politischen Gemeinde. Bei nicht zu lösenden Differenzen entscheidet das Kulturamt. Die Abmachung gilt zunächst bis 1922. Dann werden der Schul- und der Pfarracker pachtfrei und ein weiterer Ausbau des Kleinsiedlungswesens sich leicht bewerkstelligen läßt. Die Pächter haben die Verpflichtung übernommen, das ihnen überwiesene Land in pfleglichem Zustande zu erhalten.

Neuer Landarbeiterlohntarif. Die von uns unter dieser Spitzmarke in der Nummer 189 gebrachten Angaben kommen für den hiesigen Geltungskreis nicht in Betracht.

Weißenfels. Ferienwanderungen für Kinder. Jeden Tag dieser Woche von 2—7 Uhr nachmittags von jeder Schule aus. Die am Sonnabend im Guttemplerlogenbaus tagende Führersitzung für Ferienwanderungen ergab die volle Besetzung der ersten Woche mit täglichen Wanderungen. Die erste Wanderung begann Montag nachm 2 Uhr. Die Kinder jeder Schule, die an den Wanderungen teilnehmen wollen, versammeln sich auf ihrem Schulhof oder Schulplatz. Die Hilfsschüler schließen sich der Beudithschule an. Wünschenswert ist, daß jedes Kind mit Brot und Kaffeeflasche versorgt ist, da Geld nicht mitgenommen und Geldausgaben auf jeden Fall vermieden werden sollen. An den Wanderungen können schulpflichtige Kinder jeden Alters teilnehmen, ohne Aufsichtsorgane fürchten zu müssen. Die Kinder sollen nicht etwa im Sonntagsstaat, sondern möglichst in derben Sachen kommen, auch mit Rucksack oder Schulranzen, damit die Hände nicht durch Pakete oder Päckchen beschwert sind, und die Kinder nicht vorzeitig ermüden. Die Führer sind sich ihrer Verantwortlichkeit bewußt und ihrerseits durch Hastpflicht gesichert. Die Führer treffen sich jeden Sonnabend 8 Uhr wieder im Guttemplerlogenhause, wobei Erfahrungen ausgetauscht werden und der neue Wochenplan aufgestellt wird. Das geschieht durch den Arbeitsausschuß, in dem dankenswerter Weise auch die Vorsitzende der Kinderschutzkommission, Frau Winter, eingetreten ist. Führermeldungen sind dringend erwünscht. Meldungen werden im Jugendamt im Stadthaus und im Dürerhaus, Nikolaistraße 26, entgegengenommen. Besondere Hilfe erwartet der Arbeitsausschuß von den hier beheimateten Seminaristen und Junglehrern, den Führern der sozialistischen Jugend, der Wandervögel und Fahrenden Gesellen, soweit sie nicht auf Ferienfahrt sind. — Spielnachmittage für Kinder: Außer den Wanderungen sind für schwächliche Kinder und solche die nicht mit wandern können oder dürfen Spielnachmittage angesetzt, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag dieser Woche von 4—6 Uhr nachmittags auf dem Neustadtsportplatze am Meilenstein, auf der Wiese im Bad, im Hofe der Bergschule und auf dem Spielplatz am Guttempler-Logenhause.

Liebenwerda. Schmock verlangt Bezahlung. Die Schuhwarenhändler des Kreises Liebenwerda hatten sich am Dienstag in Elsterwerda versammelt, um Stellung zu nehmen gegen die vom Kommunalverband bezw. Kreis-Wohlfahrtsamt zum Verkauf gelangten Schuhe. Infolge der ungeheuren Teuerung der Schuhe war man an den Kreis herangetreten, um daß dieser selbst Schuhwaren besorgte, dieselben gelangen nun bedeutend billiger als die der Schuhwarenhändler zum Verkauf. Das ging den Schuhwarenhändlern wider den Strich, flugs wurde eine Protestversammlung einberufen, in der es dann sehr hoch herging. An den Schuhen und an der Kreisleitung blieb nichts gutes sitzen. Der Berichterstatter des Kreisblattes durfte selbstverständlich in dieser Versammlung nicht fehlen. Ueberhaupt, wenn es gegen die Kreisleitung geht, schreibt er in letzter Zeit trotz Papiertknappheit riesenlange Artikel. Und da von vornherein zu sehen war, daß es in dieser Versammlung hoch hergehen würde, war es für ihn ein Vergnügen, daran teilzunehmen. Er fragte erst gar nicht um Erlaubnis, doch wurde er am Ende der Versammlung von einem leitenden Schuhwarenhändler Elsterwerdas erblickt. Da nun in der Versammlung Worte gefallen waren, die besser unterblieben wären, war es den Herren Versammlungsmachern unangenehm, daß das nun alles, ohne daß man mit der Leitung des Kreises verhandelt hätte, in die Oeffentlichkeit kam. Man bat den Berichterstatter, nichts von der Versammlung zu berichten, da kam man aber bei dem Schmock des Kreisblattes schief an, nur wenn ein Abstand von 150 Mk. bezahlt würde, schwiege er, diese wurde aber nicht gezahlt und so konnte man anderen Tages einen spaltenlangen Artikel, der alle Tatsachen auf den Kopf stellte, in dem Kreisblatt lesen. Ja Schmock schreibt nicht nur für Geld, sondern er schweigt auch nur für Geld. Die Arbeiterschaft ist insofern an dieser Geschichte interessiert, als sie mit ihrem Abonnementsgelde diesen Schmock unterstützt. Hier heißt es: Heraus mit dem bürgerlichen Blättchen aus dem Arbeiterhaushalt. Lest das Organ der arbeitenden Bevölkerung, die Volksstimme", werbt und wirkt für immer weitere Ausbreitung derselben, denn sie ist Euer eigenes Blatt!

Kleinleipisch. Sitzung der Gemeindevertreter. In der Gemeindevertretersitzung am 7. Juli wurde der Schulvorstand neu gewählt. Zu 2 wurde über die Einziehung der Grünewalder Straße verhandelt. Es wurde bemängelt, daß die neu angelegte Straße nicht ihren Anforderungen entspräche und scharf gerügt, daß diese Straße vom Kreiswegebaumeister abgenommen worden ist. Es sollen dagegen weitere Schritte von der Kleinleipischer, Bockwitzer und Grünewalder Gemeinde unternommen werden. Sämtliche Interessenten müssen dagegen Einspruch erheben. Die Polizeiorgane sind zu beauftragen von dem Rechte der Anzeige und Bestrafung Gebrauch zu machen. Zu 7 wurde beschlossen, die Kommunalsteuer für das verflossene Vierteljahr nach den Sätzen des vorigen Jahres (weil eine Veranlagung noch nicht erfolgt ist) zu erheben. Die Grunderwerbsteuer wurde um 100 Prozent erhöht.

Falkenberg. Freitag abend fand eine gut besuchte Parteiversammlung statt, es war die erste nach den Wahlen. Gleich nach den Wahlen veranstalteten wir eine öffentliche Versammlung, in der Genosse Dietrich über die Regierungsbildung sprach. In der Parteiversammlung am Freitag kamen die Gewerkschaftsführer zu Wort, die sich über verschiedene Vorkommnisse in der letzten Zeit beschwerten. Die Sachen wurden vertraulich behandelt, da sie noch vom Kapp-Putsch herrührten und wurde eine Abordnung von drei Genossen gewählt die Donnerstag beim Oberpräsidenten vorspricht. Nach der Parteiversammlung tagte noch bis weit nach Mitternacht der Vorstand mit dem Vorstand der Gewerkschaften. Die Versammlung der U. S. P., die Sonnabend stattfindet, wird von unserer Seite besucht werden, um hier den Unabhängigen einmal mit aller Schärfe entgegenzutreten

Quedlinburg. 3 Millionen für Wohnungsbauten. Die Stadtverordneten bewilligten, da wegen Steigerung der Baukosten die bisher ausgeworfenen 2 Millionen Mark zur Fertigstellung der städtischen Wohnungsbauten nicht ausreichen, weitere 3 Millionen für diesen Zweck, die als Anleihe aufgenommen werden sollen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Paul Täumel; für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig, beide in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G. b. m. H. zu Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Amtliche Bekanntmachungen für Halle a. d. S.

Mieterschutz und Maßnahmen gegen Wohnungsmangel.

Die Verordnung betr. Mieterschutz und Maßnahmen gegen Wohnungsmangel vom 24. 12. 1919 / 15. 5. 1920 wird wie folgt geändert:

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 23. September 1918 über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel (R.-G.-Bl. S. 1143) sowie der von dem Herrn Minister für Volkswohlfahrt dem Herrn Regierungspräsidenten zu Merseburg übertragenen Befugnis vom 5. November 1919 — St. 4. 4876 — und der Ermächtigung des Herrn Regierungspräsidenten zu Merseburg vom 2. Juli 1920 — I W 2419 — wird für den Stadtkreis Halle folgendes angeordnet:

§ 1. Alle Verfügungsberechtigten bzw. ihre Stellvertreter haben jede Wohnung oder Teile derselben innerhalb drei Tagen, nachdem sie gekündigt sind, oder feststeht, daß sie aus einem sonstigen Grunde zu einem bestimmten Termin von dem bisherigen Wohnungsinhaber verlassen werden, dem Wohnungsamt, Abtlg. Wohnungsnachweis, auf dem vorgeschriebenen Formular (Polizeiverordnung vom 15. Mai 1915) anzuzeigen. Bis zum 30. 9. 1921 darf der Verfügungsberechtigte über die Wohnräume vorstehend bezeichneter Art erst verfügen, nachdem der Magistrat (Wohnungsamt) erklärt hat, daß er einen Wohnungssuchenden gemäß § 4 der Wohnungsmangelverordnung vom 23. September 1918 (bzw. § 3 der Magistratsverordnung vom 15. Oktober 1919) für die Wohnung dem Vermieter nicht zuweisen will, oder nachdem eine Woche seit erfolgter Anzeige verstrichen ist, ohne daß der Magistrat (Wohnungsamt) sich erklärt hat. Dieser Vorschrift zuwider abgeschlossene Mietverträge sind rechtsunwirksam. Vermieter, die dieser Vorschrift zuwider handeln, unterliegen der im § 10 der Wohnungsmangelverordnung vom 23. September 1918 (bzw. im § 11 der Magistratsverordnung vom 15. Oktober 1919) festgesetzten Strafe.

§ 2. In Räume, deren Beschlagnahme auf Grund der dem Magistrat erteilten Ermächtigungen der zuständigen Staatsbehörden erfolgt, kann vorläufiger Anordnung des Magistrats (Wohnungsamt) ein Wohnungssuchender schon vor der Entscheidung des Mieteinigungsamtes eingewiesen werden, sofern der Bewerber einen angemessenen Mietzins zu zahlen bereit ist.

§ 3. Klagen auf Räumung von Wohnungen dürfen nur mit vorheriger Zustimmung des Mieteinigungsamtes angestrengt werden.

Halle, den 10. Juli 1920. **Der Magistrat.**

Bekanntmachung.

Durch die zurzeit auftretende Maul- und Klauenseuche **gelangt gegenwärtig bedeutend weniger Milch zur Einfuhr, als zur Befriedigung der Versorgungsberechtigten benötigt wird.** Es läßt sich deshalb eine Kürzung der zustehenden Milchmengen nicht vermeiden. **Vom Montag, den 19. d. M. an** (dem Tage des Beginns der neuen Milchkarten), **wird die auf die Milchkarten der Klasse I abzugebende Menge allgemein wieder auf ¾ — dreiviertel Liter —** festgesetzt.

Halle, den 12. Juli 1920. **Der Magistrat.**

Lebensmittel-Kalender.

Städtischer Verkauf von kondens. Milch, Trockenei und Reis in der Talamtschule, am Mittwoch, den 14. Juli 1920. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 72 501 bis 78 500 vormittags von 8—12 und die Inhaber mit den Nummern 78 501 bis 84 500 nachmittags von 2—6 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines können an jede Person eines Haushaltes 1 Büchse kond. Milch zum Preise von 4 Mk., 50 Gr. Trockenei zum Preise von 4 Mk. und ¼ Pfund Reis zum Preise von 3 Mk. für das halbe Pfund abgegeben werden. Haushalte mit gelb umränderten Lebensmittelscheinen erhalten das ½ Pfund Reis zum Preise von 2,50 Mk. für das halbe Pfund. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Städtischer Verkauf von Käse in der Talamtschule, am Mittwoch, den 14. Juli 1920. **Zugelassen zum Einkauf werden** die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 5001 bis 6500 vormittags von 8—12 und nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes werden 115 Gramm zum Preise von 1,00 Mark abgegeben. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Freibank-Verkauf.

Zum Freibankverkauf am 14. Juli 1920 werden die Inhaber folgender Nummern zugelassen:

Um 8 Uhr 2251—2350.

Zum Verkauf gelangen Wurstkonserven.

Halle, den 12 Juli 1920. **Der Magistrat.**

Weißenfels

Sonderzuweisung von Zucker an die im Juni ortsanwesenden Personen im Stadtkreise.

Seit Anfang Juni ist das städtische Lebensmittelamt bemüht, der Bevölkerung eine Sonderzuteilung von Zucker zu beschaffen. Erst jetzt ist es gelungen, von den maßgebenden Reichsstellen eine einmalige Ausgabe von 250 gr pro Kopf zu erwirken. Die Ausgabe der Zuckermarken findet vom **Mittwoch, den 14. bis Freitag, den 16. Juli 1920** in der städtischen Markenausgabestelle — Klosterstr. 8 — statt. Für die Ausgabe der Zuckermarken ist die nachstehende Straßeneinteilung genau zu beachten und im Interesse eines geregelten Verkehrs einzuhalten.

Abgefertigt werden:

am Mittwoch, den 14. Juli

von 7—12 Uhr an den Tischen I—III:
Am Bad, Bahnhofstr., Bahnstrecke (Fetzer), An der Beude, Am Blümer, Bei Beuditz, Beuditzvorstadt, Beuditzstr., Bergstr., Brauhausgasse, Brunnengasse, Gr. u. Kl. Burgstr., Burgverbeuer- u. Feldweg, Dammstr., Str. u. Kl. Deichstr., Francoisstr., Friedenstr., Am Forsthaus, Feldstr., Fischgasse, Friedrichstr., Friedrichsplatz, Georgenberg u. Georgenbergstr., Goethestr., Gutenbergstr., Gustav Adolfstr., Hohestr., Hospitalstr., R. Göhestr., Hermannsgarten, Hirsemannstr., Hirsemannsplatz, Harnischstr., Herderstr., Gr. u. Kl. Kalandstr., Katharinenstr., Himmelbett, Holländerstr., Am Herrenberg (E—R Str.), Jahnstraße, Jüdenstr., Keller, Klosterstr., An der Kirche, Kirchgasse, Krumme Gasse, Am Kloster, Am Kruge, Im Kruge, Körnerstr., Am Kugelberg, Am Kämmerrelhölzchen, Klingerplatz, Klemmberg, (Bismarckstr., Blücherstr., Moltkestr., Roonstr., Scharnhorststr.).

am Donnerstag, den 15. Juli

von 7—12 Uhr an den Tischen I—III:
Kubastr., Leipzigerstr., Alte Leipzigerstraße, Ladegasse, Lessingstr., Langendorferstraße, Am Markt, Markt, Lutherstr., Marienstr., Müllnerstr., Merseburgerstr., Marktverbenerstraße, Am Mühlberg, An der Marienmühle, Naumburgerstr., Nicolaistr., Novalisstr.,

am Freitag, den 16. Juli

von 7—12 Uhr an den Tischen I—III:
Promenade, Neue Str., Neumarkt, Nordstr., Promenadengasse, An der Pfeffermühle, An der Pforte, Poetenweg, Rokbacherstr., Saalstraße, Schillerstraße, Schießhausstr., Schloßgasse, Schulstr., Am Schlachthof, Schlachthofstraße, An der Schleuße, Am Schirmhügel, Schützenstr., Waltherstr., Tagewerbenerstraße, Am Stadtgarten, Starkes Privatstr., An den Stufen, Soldatenweg, Selauerstr., Töpferdamm, Taschkistr., Uhlandstr., Weinbergstr., Wielandstr., Hetzerstr., Zimmerstr.

Zur Empfangnahme der Zuckermarken dient als Ausweis der Brotschein und die Kartoffelkarte, Personen **ohne Kartoffelkarte werden zurückgewiesen.**

Weißenfels, den 12. Juli 1920.

Der Magistrat

Reichsware betreffend!

Aus der letzten Zuteilung von Reichsware sind noch einige kleine Bestände an Männersocken und Nessel vorhanden.

Die minderbemittelte Bevölkerung kann diese Waren bei den in Frage kommenden Geschäften gegen Bezugsschein kaufen.

Wegen Erteilung eines Bezugsscheines verweisen wir auf unsere Bekanntmachung vom 24. Juni 1920.

Weißenfels, den 24. Juli 1920.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

In letzter Zeit mehren sich die Fälle, in denen Lebensmittelkarten zurückgegeben werden, die keinen Firmenstempel tragen. Im Interesse einer geordneten Kundenlistenführung müssen wir die Kleinhändler darauf hinweisen, alle Lebensmittelkarten der bei ihnen angemeldeten Kunden mit einem entsprechenden Firmenaufdruck zu versehen. Unsere für die Abmeldung in der Lebensmittelversorgung zuständige Stelle ist angewiesen, in Zukunft Lebensmittelkarten, die keinen Firmenstempel tragen, zurückzugeben.

Weißenfels, den 13. Juli 1920.

Der Magistrat.

Bei **Störungen** u. **Stockungen** der **Blutzirkulation** gebrauchen Sie sofort stets die seit vielen Jahren erprobten echten **Menstruationstropfen**

„Frebar", extrafark.

Erhöhte, beschleunigte Wirksamkeit durch Doppelflaschen extrafark in Verbindung mit Frebar-Pulver oder Frebar-Tee. Erhältlich in allen größeren Apotheken, Drogerien und einschlägigen Geschäften. Hauptdepots: **Adler-Apotheke**, Geiststr. 15; **Sanitas-Depot**, Leipzigerstr. 11; **E. Kertzscher**, Leipzigerstr. (Ecke Poststraße); **C. Klappenbach**, Gr. Ulrichstr. 41, **M. Waltzgott Nachf.**, Gr. Ulrichstraße 30. **Albert Schumann**, Steinweg 46/47, **Fritz Speer**, Große Ulrichstraße 63.

Generalvertrieb: 33

PHARMACOPIA, Berlin C. 19, Wallstraße 26.

Zu verkaufen

Wohnzimmereinrichtung für 1850 Mk.
Büfett, Anrichte, Sofa, Tisch, 4 Stühle.

Kücheneinrichtung 950 M.
Elegante Schlafzimmereinrichtung, Mahagoni, Paneelsofa, Schreibtisch, Kussissentisch m. Einlage, 6 Rohrstühle, Trumeaux-Spiegel, verkauft

Friedrich Peilecke,
Geiststraße 26.

Kurpfuscher sollte man bei Geschlechtskrankheiten nicht aufsuchen. Man lese Dr. Geberts „Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten" (1,45 Mk.). Buchhandlung Volksstimme, Gr. Ulrichtr. 27.

Verloren

Kettenarmband,
„Wolf" graviert, liebes Andenken, verloren, g. Belohnung abzugeben b. **Kurt Haermalz,** Koblichütterstraße 9

Preiswertes Angebot
in
Herren-Sacco-Anzügen
Serie I Mk. 550.—
„ II „ 650.—
„ III „ 750.—
Man beachte die Schaufenster
G. Assmann,
Tel. 6787 Gr. Ulrichstr. 49 Tel. 6787

Deutscher Eisenbahner-Verband.

Ortsgruppe Halle.

Donnerstag, den 15. Juli, abends 7 Uhr, im „Volkspark"

Mitgliederversammlung.

Tagesordnung:

1. Die Betriebsräte, deren Aufgaben und organische Zusammenfassung und die wirtschaftlichen Kampforgantisationen der Arbeiterklasse. Referent: Kartellvorsitzender Gen. Winkler.
2. Aussprache.

Kollegen! Die Betriebsräte sind gewählt. Dank der unermüdlichen Arbeit aller Kollegen ist der Gegner zur Ohnmacht verdammt. Jetzt heißt es einen Weg zu finden, um die Betriebsräte zum arbeiten im Sinne der Allgemeinheit zusammenzufassen. Auf welche Art und Weise dies geschehen kann, wird uns Gen. Winkler in seinen Ausführungen zeigen. Es ist unbedingte Pflicht eines jeden Kollegen, insbesondere aller gewählten Betriebsräte, rechtzeitig zu erscheinen.

Eintritt nur gegen Mitgliedsbuch.

Die Ortsverwaltung.

Bei Einkäufen
bitten wir unsere Parteigenossen und Leser sich auf die Inserate in der „Volksstimme" zu beziehen.

Stadt-Theater
Mittwoch, d 14. Juli 20, Anf. 7½, Ed. 10¾ Uhr:
Die Afrikanerin.
Donnerstag:
Hoheit tanzt Walzer.

Solbad Fürstental
Robert Franzstr. 10.

Vermischtes

Kluge Eltern unterrichten sich in Lohmanns Schrift „Die Arbeit im Elternbeirat", (1,80 Mk.). Buchhandlung Volksstimme, Gr. Ulrichstr. 27.

Dauerhafte
Brieftaschen
in
prima Leder
und
allen Preislagen
R. Krasemann
nur Schmeerstr. 19.

Gute Auskunft über die „erdolchte Front" erhält man in der Schrift von Heinig „Die große Ausrede" oder Kuttner, „Die erdolchte Front" (je 2,40 Mk). Buchhandlung Volksstimme, Gr. Ulrichstr. 27.

Rote
gute
Gummiringe
Adler
Rex
Weck
alle Größen vorrätig.
Lobel,
Steinweg 8
Ecke Ulrichstr. & Barfüßerstr.
Ammendorf Bahnhofstr. 3
Cöthen, Schalaunischestr. 8

Apollo-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Der **dumme August.**
Optte. v. Rudi Offaller.
Vorverk. 9—1 u. 5—½7.

Bad Wittekind
(bei gutem Wetter)
Mittwoch, den 14. Juli, abends 8 Uhr:
Sommerfest
für Inhaber von Dauerkarten.
Gästekarten 1 Mark.
Zwei Kapellen.

Schreibmaschine
mit sichtbarer Schrift für 3 bis 6 Wochen geg. Belsgeld für die Hallische Kriegsgefangenenheimkehr zu leihen gesucht.
Juwelier Tittel.

Führer durch das Reichs-Einkommensteuer-Gesetz
von
RUDOLF WISSELL
gibt über alle Bestimmungen der Gesetzes, wie: *Lohnabzug u. Steuerkarte, steuerpflichtiges u. steuerfreies Einkommen, Abzüge* usw., unter Anwendung praktischer Beispiele und Tabellen sichere Auskunft.
Preis Mk. 2,50 + 20%
Die Lieferung erfolgt durch die
Buchhandlung
der
„Volksstimme"
Große Ulrichstraße 27
— und deren Austräger. —

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170629775192007l3-19/fragment/page=0004